

»Die Welt ist aus den Fugen,  
oh, Schmerz und Gram. Das ich zur Welt  
sie einzurichten kam.«  
Hamlet, Shakespeare

## Einleitung: Vom Chaos zur Neuordnung?

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 und den gescheiterten Versuchen zum Aufbau einer von den USA geführten liberalen Weltordnung steht die Welt ohne erkennbare Ordnungsstrukturen da. Henry Kissinger sieht uns zwischen drohendem Chaos und einer noch nie dagewesen Interdependenz, also der gegenseitigen Abhängigkeit, lavieren.<sup>1</sup>

### Die Grenzen des Westens

Von den Interventionen in Afghanistan, im Irak und in Libyen, der indirekten Einmischung in Syrien bis zu Angeboten an die Ukraine zu einer privilegierten Partnerschaft hatte der Westen zu Destabilisierungen beigetragen, sich in unlösbare Konfessions- und Stammeskonflikte verstrickt, den Hass von Dschihadisten angefeuert und die Sicherheitspartnerschaft mit Russland in Frage gestellt.

Als Folge ist die Europäische Union heute von einem *Ring of Fire* umgeben, der immer näher rückt, ohne das schützende Grenzen bereitstehen. Mit den Flüchtlingsströmen, aber auch mit dem Terrorismus fallen die Interventionen in den Nahen Osten auf Europa zurück. Diese »Ursachen zu beseitigen«, wie oft in grenzenloser Naivität zu hören ist, übersteigt längst die Fähigkeiten des Westens. Es würde schon eine Neuordnung der internationalen Staatenwelt gebraucht, um die Folgen transnationaler Prozesse einzudämmen und in neuen Strukturen aufzufangen.

Es war nicht nur die Politik, die jeden Sinn für die Notwendigkeit von Grenze und Begrenzung verloren hatte. Wie Staaten ihre Kontrolle über ihre Außengrenzen und Staatsschulden, so hatten Banken ihre Kontrolle über ihre Bilanzen verloren. Mit dem politischen Universalismus hat sich zugleich der neoliberale Furor diskreditiert. Die Verlierer des Wettbewerbs haben bemerkt, dass die Schattenseiten der Globalisierung für sie reserviert bleiben. Darüber geht nicht das Zeitalter der Globalisierung, aber das der unkritischen Bejahung jeglicher Form von Offenheit zu Ende.

## Die Grenzen der Politik

Die Staaten stehen heute aber nicht mehr nur anderen staatlichen Mächten, sondern einer Vielzahl von transnationalen Prozessen, global agierendem Kapital, asymmetrisch kämpfenden Terroristen, Schleppern, Drogen- und Menschenhändlern gegenüber, die sich der staatlichen Autorität zu entziehen trachten. Regierungen verlieren zunehmend Kontrolle über ihre Staatsgebiete.

Das in den Ansätzen seiner Staatlichkeit fragile Europa ist davon besonders betroffen. Es hat sich in doppelter Weise überdehnt; durch die westliche Politik, sich offensiv in die Angelegenheiten anderer Kulturen einzumischen und umgekehrt in Europa auf schützende Grenzen gegenüber dem Nahen Osten zu verzichten.

Wenn der Nationalstaat eine vorrangige Staatsaufgabe wie die Grenzsicherung an die Europäische Union delegiert und diese dazu nicht in der Lage ist, geraten beide Ebenen zugleich in eine Entgrenzungskrise. Zwischen den Nicht-Mehr-Kompetenzen der Nationalstaaten und den Noch-Nicht-Kompetenzen der EU ist ein schwarzes Loch entstanden, in dem sich Schlepper und Dschihadisten verbergen konnten.

Kissinger wird nicht müde, für eine multipolare Weltordnung, vergleichbar zu der des 19. Jahrhunderts zwischen den europäischen Großmächten zu werben. Diese hatte immerhin ein Jahrhundert gehalten und wurde bezeichnenderweise dadurch zerstört, dass Habsburg mit der Annexion Bosnien-Herzegowinas 1908 in den serbisch-orthodoxen Kulturkreis über-

gegriffen und damit seine Selbstbehauptung nicht durch Selbstbegrenzung, sondern durch Ausdehnung gesucht hatte.

## **Entgrenzung des Wettbewerbs**

Auch die Entgrenzung des Wettbewerbs hat im Gegenzug eine Wiederkehr partikularer Kulturen und Religionen, Ethnien und Nationen hervorgerufen. Linke und rechte Globalisierungskritik, der grassierende kulturelle Identitätswahn im Orient und die Angst um die eigenen sozialen Interessen im Westen sind Folgen eben jener konstatierten Überdehnung und Entgrenzung.

Die Europäer haben mehr als andere versucht, die internationalen Probleme auch international zu lösen. Je weniger dies gelingt, desto mehr macht sich weltweit ein nationaler Autoritarismus breit.

Das Extrem einer ideologisierten und moralisch überhöhten Offenheit treibt in dialektischer Gesetzmäßigkeit Gegenextreme hervor, in denen der partikuläre Selbstbehauptungswille im Vordergrund steht. Auf den Werteuniversalismus Obamas scheint mit Donald Trump eine ökonomisch determinierte Außenpolitik zu folgen. An die Stelle des überdehnten Idealismus droht ein profaner ökonomischer Nationalismus, der die Welt in lauter Nullsummenspiele verwandeln könnte. Darin würde etwa der Einfluss Chinas »eingedämmt«, nicht weil es eine Diktatur, sondern weil es ein aggressiver Wettbewerber ist.

## **Der Beitrag des Westens**

Der Westen hat erheblich zur heutigen Weltunordnung beigetragen: durch die von ihm ausgehende neoliberale Form der Globalisierung, durch einen von den USA ausgehenden neokonservativen Interventionismus und durch einen von der politischen Linken Europas mitgetragenen idealistischen Universalismus, dem Glauben an die weltweite Gültigkeit unserer Werte und demokratischen Strukturen.

Diese denkbar große Koalition aller einflussreichen ideologischen Strömungen hat den Westen zunächst nach außen und zunehmend nach innen überdehnt, andere Kulturen und viele

ihrer eigenen Bürger überfordert. Diese sich alternativlos gebende Koalition hat warnende und abweichende Meinungen unterdrückt. Die Versuche, Ängste und Überforderung durch Ausgrenzung aus dem Diskurs zum Schweigen zu bringen, drohen in deren zunehmender Radikalisierung zu enden.

Mit dem »Brexit«, also dem angekündigten Austritt Großbritanniens aus der EU, und der Wahl des amerikanischen Präsidenten Donald Trump ist diese Ausgrenzungsstrategie gescheitert. Von der angelsächsischen Welt hatte die neuere Globalisierung maßgeblich ihren Ausgang genommen und von dort könnte sie nun auch ihr Ende nehmen. Statt multilateraler Freihandelsabkommen, ob innerhalb Europas oder der USA mit asiatischen Staaten, wollen Briten und die USA in Zukunft vornehmlich bilaterale Abkommen abschließen, die nur dem jeweiligen nationalen Vorteil dienen sollen.

## **Angriff statt Verteidigung**

Der von Trump angekündigte Ausstieg der USA aus der Rolle des Weltpolizisten ist mit dem Raketenschlag gegen das Assad-Regime Anfang April 2017 bereits nach wenigen Monaten seiner Regentschaft gescheitert oder aufgeschoben. Indem sich die USA aktiv und direkt im Syrienkrieg gegen Assad und damit auch gegen Russland engagieren, wird dies das Chaos in Syrien um einen Akteur vermehren, aber in Syrien nichts einer Lösung näher bringen.

Hinsichtlich der nicht einmal bewiesenen Schuld von Assad am Einsatz von Chemiewaffen hat der Bürger ein Recht auf Skepsis, nachdem ihm die Chemiewaffenbestände des Iraks immerhin als Motiv für einen ganzen Krieg vorgeschwindelt worden waren.

Sicher ist hingegen, dass die über die Präsidentschaft von Trump erhoffte engere Zusammenarbeit mit Russland massiv beschädigt und der notwendige gemeinsame Kampf gegen den »Islamischen Staat« geschwächt wurde. Es ist ein kleiner Trost, dass die Kooperation beider Großmächte gerade noch dazu ausreichte, die Russen vor dem Raketenschlag zu warnen und diese wiederum darauf verzichteten, militärische Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Ansonsten hätte die Welt kurz vor dem

Dritten Weltkrieg gestanden, letztlich wegen des Kampfes von sunnitischen Mördern gegen alawitisch-schiitische Mörder.

Optimisten mögen dies als eine Minimalkooperation der Mächte deuten, Pessimisten sehen vor allem in der nunmehr auch außenpolitisch erwiesenen Unberechenbarkeit Trumps, aber auch in den durchweg zustimmenden Reaktionen anderer westlicher Regierungen zu dieser völkerrechtswidrigen Aktion, dass wir von einer langfristigen Strategie für den Aufbau einer multipolaren Weltordnung noch weit entfernt sind.

Es fehlt immer noch die Einsicht in die Notwendigkeit einer westlichen Selbstbegrenzung nach außen zur eigenen Selbstbehauptung nach innen. Fast zur gleichen Zeit als die USA sich im Kampf des sunnitischen Islamismus gegen ein immerhin säkulares Regime meinte engagieren zu müssen, schlug der islamistische Terror in Stockholm zu. Dieser längst tief nach Europa, ob nach St. Petersburg oder Stockholm, eingedrungene Islamismus, ist aber zugleich der Hauptfeind Russlands und überhaupt der zivilisierten Menschheit. Dass der Westen, statt sich gegen den Islamismus an seinen Grenzen und innerhalb seiner Gesellschaft zu verteidigen, lieber in innerorientalische Kämpfe verstricken lässt, kann nur als eine gigantische Verdrängungs- und Projektionsleistung erklärt werden.

Wahrscheinlich wird deren Aufbrechung erst in dem Maße gelingen, wie die beinahe wöchentlichen Terrorattacken der Islamisten dem Westen eine Konzentration auf den Feind aufzwingen, der sie nicht nur in ihrem ethisch-universalistischen Empfinden, sondern in ihrer nackten Existenz bedroht.

In Syrien wird es sich erweisen, ob Russland und die USA ihre jeweiligen Interventionen zumindest so zu koordinieren verstehen, dass es nicht zu ihrem direkten Zusammenprall kommt. Vielleicht könnte dies zum Ausgangspunkt für den Aufbau einer multipolaren Weltordnung reichen, die alleine das Abdriften von der derzeitigen Weltunordnung ins Chaos noch verhindern kann.

## **Gegenextreme und Gegensätze**

Gegenextreme zur entgrenzenden Offenheit und zum Universalismus sind keine Lösungen. Gegensätze müssen vielmehr in

der dialektischen Tradition unseres Denkens zu Gegenseitigkeiten transformiert werden. So müssen internationale und nationale Politikansätze, linke und rechte Perspektiven miteinander abgeglichen und auf einer höheren Stufe gegenseitiger Ergänzung aufgehoben werden. Nationen werden als ordnende Kräfte weiter gebraucht, aber zugleich brauchen zumal die kleineren Nationen ihre Einbettung in größere Kreise der Macht, die unter sich Kooperation und den Ausgleich der Interessen anstreben. Eine neue Weltordnung erfordert statt einem Entweder-Oder eine neue Balance zwischen internationaler und nationaler Politik.

Eine neue Struktur könnte sich aus einer neuen Herausforderung ergeben. Für die Eindämmung des Islamismus muss der Westen mit anderen säkularen Mächten wie Russland, China und auch mit gemäßigten islamischen Staaten kooperieren. Solche Koalitionen sind keine Wertegemeinschaft, aber Stockwerke für den Bau einer multipolaren Weltordnung. Die Eindämmung des islamistischen Totalitarismus erzwingt die Kooperation aller zivilisierten Kräfte jenseits politischer und kultureller Unterschiede.

## **Eine multipolare Ordnung**

Eine multipolare Ordnung würde unterschiedlichen Kulturen das Recht auf unterschiedliche Werteordnungen einräumen, mehr Respekt für die unterschiedlichen Systeme und sozial-ökonomischen Entwicklungspfade sowie für die nationale Souveränität und die Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten fordern.

Die Staatenwelt ist aber sowohl aufgrund ihrer Schwächen als auch ihrer Interdependenzen zur Ordnung ihrer Verhältnisse untereinander verurteilt. In einer multipolaren Weltordnung werden daher differenzierte Wege der Begrenzung, der Koexistenz und der Gegenseitigkeit gebraucht. Vor allem wird ein Diskurs gebraucht, der diese Ordnung geistig vorbereiten hilft.

Der Westen kann es sich nicht länger leisten, nach seiner beispiellosen Ausdehnung der letzten Jahrhunderte die Welt dominieren zu wollen. Je mehr der Westen seine Werte und

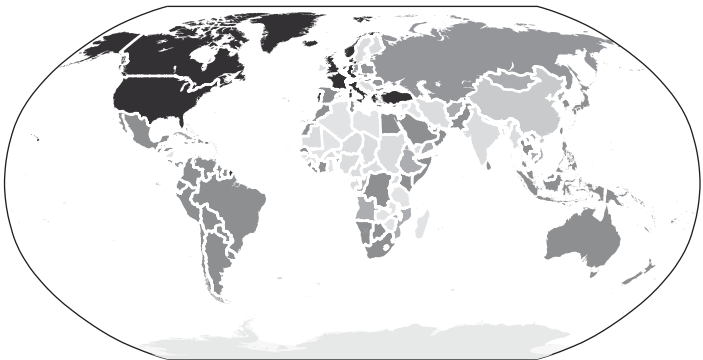
Strukturen auf seine Hemisphäre begrenzt, desto besser kann er diese gegen konkurrierende Ordnungsentwürfe behaupten.

Für seine neue Rolle in der multipolaren Welt braucht der Westen eine neue Strategie: An die Stelle der illusionären Universalisierung seiner Werte und Strukturen tritt seine Selbstbehauptung durch Selbstbegrenzung.

# 1 Überdehnung und Entgrenzung des Westens

Der historische Kern des Westens liegt in Europa und Nordamerika. Politisch umschreibt er die Staaten mit säkularen, liberaldemokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen, so dass neben den größten Teilen Europas vor allem Nordamerika, Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea und Taiwan zum Westen gezählt werden können.

Die Werte, auf die wir uns berufen, sind heute – so Heinrich August Winkler – ein transatlantisches Projekt, an dem wir uns seit dem späten 18. Jahrhundert abarbeiten. Alle Ideen, Europa und Amerika auseinander zu dividieren, würden auf eine Schwächung des Westens hinauslaufen, die wir uns in der heutigen Welt nicht leisten könnten.<sup>1</sup>



Ordnung der Welt um 1990

Noch in den späten 1990er Jahren war der Westen die klar dominierende Kultur in der Welt gewesen. Die fünf führenden Mächte des Westens, die USA, Deutschland, Großbritannien,



Frankreich und Kanada, teilten unter sich 44 Prozent der Weltproduktion auf. Die Demokratie schien einen globalen Siegeszug anzutreten. Der große Rivale Sowjetunion war kollabiert und Japan durch die »Asienkrise« 1997 wirtschaftlich in seine Schranken gewiesen.

Nach unerwartet problematischen Kriegen, inmitten von Finanz- und Währungskrisen und angesichts von Chinas Aufstieg, ist diese Vorherrschaft Geschichte. Der Niedergang der westlichen Dominanz wurde, wie oft in der Geschichte großer Mächte, von vorangehenden Überdehnungen eingeleitet.

## Das Scheitern des westlichen Universalismus

Die erzwungene Einführung demokratischer Systeme von außen behindert seit nunmehr 100 Jahren, vom Eingreifen der USA in den Ersten Weltkrieg bis zum militärischen Interventionismus in den Orient, die kulturelle Entwicklung anderer politischer Systeme.

Nachdem sich der amerikanische Präsident Woodrow Wilson noch 1916 den kriegsführenden Parteien als Vermittler empfohlen hatte, um einen »Frieden ohne Sieg« auszuhandeln, ließ er sich auch durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg Deutschlands im April 1917 auf die Seite der Alliierten in den Krieg gegen die Mittelmächte ziehen. Er verband den Kriegseintritt mit Hoffnungen, Europa einen dauerhaften Frieden zu bringen. Das Eingreifen der USA half den Krieg zugunsten der Alliierten zu entscheiden und die Monarchien der Mittelmächte zu zerschlagen.

Sein Vierzehn-Punkte-Programm enthielt lauter hochgesinnte Ziele, die sich in den Versailler Verhandlungen in einer von nationalen Emotionen hochgeheizten Atmosphäre als weltfremd und illusionär erwiesen. »Freier Handel, Regierung durch das Volk, Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Rechte für kleine Nationen und ein Bund der Nationen, der den Frieden sichern sollte,« so lauteten seine Vorstellungen.<sup>2</sup>

Wilson hatte noch vor seinem Kriegseintritt nicht weniger als eine globale Neuordnung unter Führung der USA angestrebt. Das alte System europäischer Großmacht- und Gleich-

gewichtspolitik, das die Welt in die Katastrophe gestürzt hatte, sollte durch einen Bund demokratischer Nationalstaaten ersetzt werden. Der Calvinist Wilson empfand Krieg als eine tragische Verstrickung in eine Sünde, die nur durch höhere Zwecke gerechtfertigt werden konnte. Er verknüpfte daher unmittelbar nationale Interessen mit universalen Prinzipien.

Voraussetzung für den künftigen Weltfrieden sei die Demokratie. Demokratisch regierte Völker würden niemals einen Angriffskrieg beginnen. Sein Satz »The world must be made safe for democracy« stand selbst bei Amerikas Interventionen im 21. Jahrhundert noch Pate. Wie schon bei Wilson war es auch bei George W. Bush die Verknüpfung religiöser Motive mit einer gleichsam säkularisierten Heilserwartung in die Demokratie, die auch den Kampf der Kulturen zu einem guten Ende führen sollte.

Nach Wilsons Eingreifen in den Ersten Weltkrieg zogen sich die USA dann von ihren internationalen Aufgaben zurück und überließen die destabilisierten Demokratien Mitteleuropas kampfflos dem Autoritarismus oder, wie im Falle Deutschlands, dem Totalitarismus. Die Bewegung, die dann den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg verhindern wollte, nutzte übrigens den Schlachtruf »America first«.

## Werte und Kultur

Dem westlichen Universalismus nach 1990 zufolge schien der Frieden umso gesicherter, je näher sich die Kulturen kämen, unsere Handlungsfähigkeit werde umso größer, je weiter sich die Europäische Union und Nato ausdehnten. Auftretende Probleme sollen durch eine Flucht nach vorn überwunden werden. Jürgen Habermas hält eine solche »transnationale Demokratie« in Europa durchaus für möglich. Diese wäre ein erster Schritt zu einer demokratisch verfassten »Weltbürgergesellschaft« mit einer globalen Verfassungsordnung.<sup>3</sup>

Umgekehrt gelten den Kosmopoliten alle Kulturen als in unsere Kultur integrierbar. Schließlich teilen wir, so heißt es, »alle die gleichen Werte«. Aber das Problem liegt darin, dass es sich bei Kulturen um Werteordnungen, genauer, um Wertehierarchien handelt, die einander manchmal sogar entgegenge-